

Antrag Ö 268: HHS4_V211 - Ökologische Fortbewegungsarten in Karlsruhe fördern, Fahrradleihsystem des KVV weiter bezuschussen (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/6104)

Antrag Ö 269: HHS4_V211 - Erhalt des Zuschusses für das Fahrradleihsystem der Stadt/KVV in geringerer Höhe (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/6105)

Wir kommen zu einem Vorschlag, den wir mit Ihnen eigentlich nicht abstimmen müssten, nämlich der Einstellung des Zuschusses für das Fahrradverleihsystem der Stadt. Und es gibt dazu jetzt aber einzelne Anträge, nämlich einen Antrag der Linken, dass wir das weiter bezuschussen, und ein Antrag der Grünen, dass wir einen solchen Zuschuss verhandeln. Ich möchte noch einmal zum Hintergrund sagen, wir haben im Moment die Option, dass wir über einen Teil des Semesterbeitrags für Studierende sehr günstige Konditionen für das Fahrradverleihsystem bereitstellen. Das führt dazu, dass der Anteil der Studierenden, die das nutzen, extrem hoch ist und dadurch, dass die die erste halbe Stunde umsonst kriegen, mitunter immer vor Ablauf der 30 Minuten auf das nächste Fahrrad umsteigen und damit meistens überhaupt nichts zahlen. Damit sind sie in einem so überbordenden Maß besser gestellt, als etwa wenn sie auf den E-Scooter zugreifen oder andere Systeme. Wir müssen das Gesamtsystem, weil es dadurch so defizitär ist, auch noch mit diesen über 200.000 Euro bezuschussen im Jahr, dass im Moment der KVV beauftragt ist, mit dem Studentenwerk zu beraten, inwieweit wir weiter über einen Studierendenbeitrag eine günstigere Lösung für Studierende hinbekommen, ohne dass wir aber den städtischen Zuschuss in dieser Dimension noch leisten müssen. Um es aber wie bisher über einen Vertrag mit KVV durchführen zu können, muss es einen Mindestbeitrag geben, den auch die Stadt in dieses System zahlt, sonst ist es aus rechtlichen Gründen nicht möglich, so eine exklusive Geschichte zu machen.

Es ist auch deswegen sinnvoll, dass wir daran festhalten, weil sich unserem Vertragswerk mit KVV, wo die Stadt ihren Beitrag leistet, auch noch ergänzend Ettligen und alle möglichen Orte außenherum anschließen, sodass es im KVV-Gebiet fast insgesamt ein solches Angebot gibt. Wir haben dafür 30.000 Euro als Beitrag der Stadt hier ab 2027 eingestellt. In 2026 ändert sich sowieso erst einmal nichts. Und wir sind guter Hoffnung, dass wir da auf der einen Seite über einen entsprechenden Semesterticket-Anteil, Semester-Beitragsanteil dennoch ein vergünstigtes Angebot für die Studierenden aufrechterhalten können. Nach meinem Verständnis können die auch für eine halbe Stunde einmal einen Euro zahlen oder 1,50 Euro. Das finde ich jetzt nicht dramatisch. Trotzdem ist es deutlich günstiger für alle anderen Nutzer, also für den Semesterticket-Beitrag gibt es etwas, aber insgesamt müssen wir das nicht mit über 200.000 Euro im Jahr bezuschussen, weil wir damit den Aufwand, den das System kostet, fast ausschließlich über diese Einnahmen finanzieren können.

Das ist im Moment der Auftrag, und da würde ich Sie einfach um Zustimmung bitten. Es wird dadurch kein Fortbewegungsmittel abgeschafft. Wir benachteiligen auch nicht irgendwelche Gruppen. Wir führen nur die Kosten, die Nutzungskosten in eine gewisse vernünftiger Relation, als sie im Moment sind. Und wir würden so gesehen auch das Fahrradverleihsystem aufrechterhalten. Das könnte ich Ihnen jetzt alles noch mit Zahlen hinterlegen, aber in der groben Linie ist das im Moment die Ausgangssituation. Also aufgerufen ist

unser Vorschlag, den wir aber eigentlich nicht zur Abstimmung stellen müssten. Insofern ist aufgerufen die entsprechenden Änderungsanträge Der Linken und der GRÜNEN.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Wir als GRÜNE-Fraktion stehen zu unserem Beitragssystem in Karlsruhe mit seiner besonderen Qualität und seiner weltweit kaum erreichten Nutzung, und wir wollen dieses unbedingt erhalten. Damit wir das sicherstellen und als Stadt auch weiter wirklich aktiv mitgestalten können, brauchen wir weiter einen Zuschuss, wie Sie schon richtig festgestellt haben. Aus unserer Sicht sind allerdings diese 30.000 Euro aus der City Tax nicht wirklich ausreichend, um hier noch aktiv mitgestalten zu können. Wir sehen aber auf der anderen Seite in der Haushaltslage natürlich schon auch die Notwendigkeit, die Nutzenden stärker miteinzubeziehen. Deswegen beantragen wir einen verringerten Zuschuss. Ich glaube, wir sind uns nur bei der Relation uneins, wie das jetzt guten Gewissens aktuell aussehen kann.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Grundsätzlich sind wir bei den GRÜNEN, allerdings sehen wir nur die Hälfte der von den GRÜNEN beantragten Summe. Von unserer Warte her kann das auch gerne mit einem Sperrvermerk versehen werden. Die Verwaltung kann im Laufe des nächsten Jahres ein entsprechendes Konzept vorstellen. Und dann können wir an anderer Stelle darüber gerne noch einmal diskutieren. Insgesamt sehen wir das Fahrradleihsystem als wesentlichen Bestandteil im Sinne einer nachhaltigen Mobilität. In meiner Wahrnehmung gibt es auch in der Art und Weise, wie hier das Fahrradleihsystem betrieben wird, strukturelle Themen. In vielen anderen Städten ist es so, dass die Räder an festen Stationen abgegeben werden müssen. Und in dem Kontext würden wir uns auch einiges an Gebühren sparen können.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Entschuldigung, Herr Oberbürgermeister, ich verstehe bei alledem nicht, auch vorhin, der Kollege Cramer, warum macht man das nicht, warum seid ihr so kleinmütig, warum man in dieser Situation der Stadt nicht vertraut, was hier die Verwaltung noch einmal mündlich dargelegt hat. Wenn wir es doch mit 30.000 hinbringen können, warum machen wir das nicht und wollen uns noch einmal irgendwie besser stellen, indem wir etwas beantragen, was wir eigentlich nicht brauchen und was letztlich ohne Not diesem Unternehmen, City Bike oder was, zufließt? Also die Stadt muss jetzt hier jeden Cent umdrehen. Deshalb versteh ich nicht, warum man nicht dabei bleibt, was der OB gesagt hat.

Stadtrat Schnell (AfD): Sie haben es gerade dargestellt. Das nutzen hauptsächlich diejenigen, die es für umsonst benutzen können, und wir subventionieren das gigantisch. Auf der anderen Seite gibt es die kommerziellen E-Roller, denen wir sogar Geld abnehmen können dafür, dass sie ein kommerziell tragfähiges Angebot hier anbieten. Und die Subventionen bei dem KVV.nextbike ist so hoch pro Kilometer, für das Geld kann ich bei Stadtmobil einen Kleinwagen mieten pro Kilometer. Also die Subvention ist gigantisch. Und da kann man nur sagen, weg damit.

Stadtrat Noé (FDP/FW): Das Sharing-Konzept ist super, als Liberale begrüßen wir das natürlich, sei es ein Sharing für das Automobil, für das Fahrrad oder für die E-Scooter. Es ermöglicht den Modalmix hier im urbanen Verkehr. Nichtsdestotrotz muss auch der Markt regeln, was man dann nimmt. Wir wollen keine einseitige Bevorzugung dieser Fahrradsysteme. Die Stadt hat in der Vorlage jetzt noch einmal ausgeführt, was die Gründe dafür sind. Und deswegen folgen wir hier in diesem Sparhaushalt natürlich der Vorlage der Stadt.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich erkläre es gerne, Herr Pfannkuch. Wir sind Fahrradstadt, wir sind prädestiniert dafür, da kriegen wir ein Fahrradverleihsystem. Ein Fahrradverleihsystem ist aber nur dann gut, wenn wir sagen, wir wollen das für die ganze Stadt haben. Wir wollen das auch für die Bergdörfer haben. Wir wollen das in den Randstadtteilen haben, also wirklich nicht nur ein Innenstadtkonzept wie bei den E-Scootern, die dann dort überall im Weg herumstehen, sondern wir sollten wirklich gucken, dass wir dieses Angebot für alle Karlsruher in Karlsruhe haben. Dann müssen wir auch einen Zuschuss machen. Wir gehen mit dem SPD-Änderungsantrag mit, weil wir überzeugt sind, dass das auch mit den 75.000 Euro gehen muss. Das Problem ist, wenn wir diese nicht einstellen, dann werden wir ein schlechteres nextbike-Fahrradverleihsystem haben. Auch mit den Studierenden ist diese Verhandlung da, aber die sind auch nicht bereit, dieses komplette Delta mit aufzunehmen. Da ist die Frage, da ist es halt relevant, auch dass es für die dann kostenlos ist, weil das dann auch dafür sorgt, dass es sehr niedrigschwellig ist. Wir hatten hier auch das Forum für aktive Mobilität. Zum Beispiel Studium, das ist auch einer dieser großen Wechsel im Leben, wo man Menschen an eine Mobilität gewöhnen kann. Da ist es auch eine sehr gute Chance, Leute nachhaltig an das Fahrrad zu bringen. Von daher brauchen wir ein vernünftiges Fahrradverleihsystem.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Wir wollen hier ganz klar keine Kürzung, weil wer die Verkehrswende wirklich will, der darf auch nicht die Alternativen beschneiden. Die geplante Kürzung wäre alles andere als nachhaltig und würde auch den Alltag vieler Menschen unnötig erschweren. Wenn wir dieses Fahrradverleihsystem als flexibles Last-Mile-Angebot weiter erhalten wollen, muss es auch gut bezahlbar sein, sodass es auch rege genutzt wird. Bisher können die Studierenden über das Campus Bike-System vergünstigt mit den nextbikes fahren. Fällt der städtische Zuschuss weg, würden sich die Kosten für die Studierenden laut AStA verdreifachen. Das ist aber absolut unzumutbar, wenn man bedenkt, dass 40 Prozent der Studierenden armutsgefährdet sind. Angesichts zusätzlich steigender Mieten und Lebenshaltungskosten darf Mobilität nicht zum Luxusgut werden. Wir brauchen stattdessen eine Umverteilung der Mittel für den Autoverkehr, hin zu einer Stärkung ökologischer Fortbewegungsarten wie des Radfahrens. Und das Leihfahrradsystem muss aus unserer Sicht niedrigschwellig zugänglich, bezahlbar und weiterhin attraktiv bleiben.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion kann dem Antrag, dem Vorschlag der Verwaltung und auch den Ausführungen, die Sie jetzt noch einmal gemacht haben, Herr Oberbürgermeister, folgen. Wir haben nicht die Bedenken wie jetzt die Kollegin Kaufmann oder der Herr Kollege Gaukel, dass das jetzt ein Aus bedeutet oder dass es bedeutet, dass die armen Studenten kein Fahrrad mehr eigenständig aus eigener Tasche bezahlen können. Dieses Szenario sehen wir so nicht, und wir werden dem Vorschlag der Verwaltung so zuzustimmen.

Der Vorsitzende: Ich will noch etwas zu den Zahlen sagen, weil ich sie hier gerade gefunden habe. Frau Stadträtin Kaufmann hat recht, das kann bis zur Verdreifachung des Studierendenbeitrags kommen, nämlich von 2,70 Euro pro Semester auf 6 bis 8 Euro. Dann würde dasselbe Bike-System erhalten bleiben, und die Studierenden hätten weiter diesen bevorzugten Zugriff zu einem absolut günstigen Preis. Und das kriegen wir für 30.000 Euro. Jetzt könnte natürlich der AStA sagen, diese Verdreifachung ist ihm zu viel. Dann müsste man es so lösen, dass man sagt, es bleibt bei 2,70 Euro. Dann muss aber

vielleicht für die erste halbe Stunde auch 50 Cent oder 1 Euro oder so bezahlt werden. Ich glaube, dass wir das hinkriegen und es würde, Herr Stadtrat Gaukel, an dem derzeitigen System von der Quantität und der Qualität nichts ändern. Und da vertrauen Sie uns einmal bitte, dass wir hier etwas Vernünftiges zusammenkriegen. Wenn es am Ende mit den 30.000 Euro nicht reicht und das System gefährdet wäre, komme ich noch einmal zu Ihnen, aber ich fände es jetzt schwierig als Signal, wenn der Gemeinderat sagt, ich bin bereit, auch 270.000 oder 150.000 oder 75.000 Euro hier einzubringen. Das, glaube ich, ist an der Stelle das falsche Signal. Und nachdem ich die Zahlen kenne, also doch wie hoch der Anteil der Studierenden ist, weil er an der Stelle so begünstigt wird, muss ich auch sagen, ich kann das dann auch von dem Einsatz von 270.000 Euro schwer rechtfertigen. Insofern, wir wollen das System nicht abschaffen, wir wollen es nicht reduzieren, aber wir müssen hier zu einer anderen Aufteilung der Kosten kommen. Das ist einfach an der Stelle meine Bitte.

Jetzt haben wir verschiedene Anträge. Der weitestgehende ist der **Antrag Der Linken**, 270.000 Euro ab 2027 wieder einzustellen. Und da bitte ich Sie jetzt um Ihre Entscheidung ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den **Antrag der GRÜNEN**, 150.000 Euro einzustellen, und bitte auch da um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der mündlich eingebrachte Antrag der SPD, 75.000 Euro plus Sperrvermerk, und auch da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das hat eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Sie geben mir recht, dass wir dann die 30.000 Euro aber nicht auch noch einstellen müssen. Also wir machen aus den 30.000 Euro 75.000 Euro mit Sperrvermerk und erzählen Ihnen dann, was bei den Verhandlungen herausgekommen ist. Also wir verschlechtern das jetzt dann um 45.000 Euro, so stimmt es, ab 2027. Okay, damit haben wir auch das erledigt.

Antrag Ö 270: Werderplatz zu Dorfplatz: Mittel zur Umgestaltung des Werderplatzes in der Südstadt (Die Linke, KAL, Bürger-Gesellschaft der Südstadt e. V.)
(Vorlage: DHH/2025/6101)

Antrag Ö 271: Werderplatz als Platz für die Südstadt (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/6713)

Antrag Ö 318: Beschaffung, Lagerung und Wartung von Stadtmobiliar (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/6712)

Wir kommen zu zwei Anträgen, die sich mit dem Werderplatz beschäftigen, einen Antrag der Linken, Karlsruher Liste, Bürger-Gesellschaft der Südstadt. Das ist die Ziffer Ö 270, und dann gibt es noch einen Antrag der SPD, Ö 271. Ich habe irgendwie eine Nachricht gekriegt, dass man die zusammen betrachten kann, aber da klären Sie uns sicherlich gleich auf.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich regele das alles, gut, ich wollte nur kurz sagen, da kommt jetzt was mündlich. Ich glaube, der Herr Klinkhardt möchte vorher etwas sagen.